



36.
RECKLINGHÄUSER
TAGUNG



2. Dezember 2006

**Industriegewerkschaft
Bergbau, Chemie, Energie**



***INTEGRATION
FÖRDERN –
CHANCENGLEICHHEIT
VERWIRKLICHEN***

Copyright 2007 by

Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie

Abt. Ausländische Arbeitnehmer/Migration

Königsworther Platz 6, 30167 Hannover

Telefon: 05 11 / 76 31 229


Fax: 05 11 / 76 31 590

E-Mail: giovanni.pollice@igbce.de

Fotos: Milan Kostic

Alle Rechte vorbehalten

Nachdruck – unter Angabe der Quelle – erlaubt

Gesamtherstellung:  Berg-Verlag GmbH, Bochum

Inhaltsverzeichnis

	Seite
<i>Vorwort</i> Ulrich Freese, Stellvertretender Vorsitzender der IG Bergbau, Chemie, Energie	4
<i>Redner zum Tagungsthema:</i>	7
<i>Eröffnung und Begrüßung</i> Ulrich Freese, Stellvertretender Vorsitzender der IG Bergbau, Chemie, Energie	8
<i>Grußwort</i> Wolfgang Pantförder, Bürgermeister der Stadt Recklinghausen	28
Armin Laschet, Minister für Generation, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen	32
Sebastian Edathy, Mitglied des Deutschen Bundestages Vorsitzender des Innenausschusses	46
<i>Schlusswort</i> Ali Özbay, Mitglied des Bundesarbeitskreises Ausländische Arbeitnehmer beim Hauptvorstand der IG Bergbau, Chemie, Energie	62

Vorwort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

- ▶ während nationalkonservative Ideologen immer noch Ängste schüren und Fremde/s ablehnen;
- ▶ während religiöse Fanatiker menschenverachtende Ziele verfolgen und nichts von Integration halten;
- ▶ während die Politik Migration immer noch nicht als Chance erkannt hat;
- ▶ während einige Medien einen „Kampf der Kulturen“ heraufbeschwören und damit die Realität des friedlichen Zusammenlebens sowie kulturelle Vielfalt ignorieren.

Während das alles passiert, praktizieren wir in und mit der IG BCE eine Solidarität, die beweist, dass ein friedliches Miteinander möglich und machbar ist. Natürlich gibt es, wo Menschen aus verschiedenen Kulturen, Nationen und Religionen sich begegnen, Missverständnisse, Irritationen und Fehler. Das ist ganz normal. Aber dadurch entsteht auch immer etwas Neues, etwas Reizvolles, etwas Produktives. Dies gilt auch für die IG BCE.

Es ist von daher kein Zufall, dass im Mittelpunkt der 36. Recklinghäuser Tagung das Thema: „Integration fördern – Chancengleichheit verwirklichen“ stand. Integration ist ein Auftrag, der uns ständig beschäftigt, darum wird unser Engagement immer notwendig sein.

Migration braucht Integration, Demokratie, Chancengleichheit mit und in der IG BCE.

Viele Migrantinnen und Migranten sind zwar mittlerweile in unserer Gesellschaft integriert, aber es sind Probleme geblieben.

Gerade die Nachkommen, die zweite, die dritte und mittlerweile die vierte Generation ist von Pessimismus und Selbstzweifeln geprägt – so eine Untersuchung des RWI Essen aus dem Jahre 2004.

Nur jeder Zehnte dieser jungen Einwanderergeneration erhält einen Ausbildungsplatz. Die Arbeitslosenquote von Ausländern ist doppelt so hoch wie die der Deutschen. Sie erkennen keine Zukunftsperspektiven und fühlen sich ausgegrenzt. Soll Integration gelingen, müssen und wollen wir dieses gesellschaftspolitische Thema ernst nehmen.



Die Referenten dieser Tagung haben durch ihre hoch qualifizierten Beiträge unterstrichen, dass, wenn wir alle an einem Strang ziehen, bei der Integration Erfolg erzielt werden können. Dabei muss die Antwort auf die Probleme und Misserfolge lauten: Bildung, Bildung, Bildung.

Mehr allgemeine schulische Bildung, mehr betriebliche Ausbildung, mehr Qualifizierung und berufliche Weiterbildung, mehr Chancengleichheit.

An dieser Stelle bedanken wir uns für die Vorträge und Diskussionsbeiträge bei

Herrn Armin Laschet – Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW und Herrn Sebastian Edathy – MdB und Vorsitzender des Innenausschusses.

Ebenso bedanken wir uns bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die rege Diskussion sowie bei allen Helferinnen und Helfern und Betreuern der Infostände.

Mit einem herzlichen Glückauf!

Ulrich Freese
Stellvertretender Vorsitzender der IG BCE



Industriegesellschaft
Bergbau, Chemie, Energie **IG BCE**

MODELL
DEUTSCHLAND
Jahre der Weisheit **1**

+++ Chancengleichheit: Damit alle ihren eigenen Weg gehen können – die *OFFENSIVE:BILDUNG* der IG BCE.

BILDUNG! BESSER FÜR UNS.



Die Redner der Tagung (v. l.):

Armin Laschet,

*Minister für Generation, Familie, Frauen und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen;*

Ulrich Freese,

Stellvertretender Vorsitzender der IG BCE;

Giovanni Pollice,

*Leiter der Abteilung Ausländische Arbeitnehmer/Migration
der IG BCE;*

Sebastian Edathy,

*Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzender des Innenausschusses;*

Ali Özbay,

*Mitglied des Bundesarbeitskreises
Ausländische Arbeitnehmer beim
Hauptvorstand der IG Bergbau, Chemie, Energie*



Ulrich Freese*

* Stellvertretender Vorsitzender
der IG Bergbau, Chemie, Energie

Sehr geehrter Herr Minister Laschet,
sehr geehrter Herr Edathy,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Pantförder,
meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich darf Sie und Euch recht herzlich zu unserer
36. Recklinghäuser Tagung begrüßen.

Das Thema der diesjährigen Recklinghäuser Tagung
heißt:

Integration fördern –
Chancengleichheit verwirklichen

Mehr als fünfzehn Millionen Menschen mit Migrati-
onshintergrund leben in Deutschland, davon sieben
Millionen ohne deutschen Pass.

Trotz aller bestehenden Probleme und Schwierigkei-
ten im Zusammenleben: ihre Integration ist überwie-
gend erfolgreich verlaufen.

Deutschland – ein Sommermärchen, so lautet der Film
über die Fußballweltmeisterschaft.

Deutschland – ein Sommermärchen könnte möglic-
herweise auch eine Film-Dokumentation rund um
die Fußballweltmeisterschaft bedeuten, die deutlich
macht, dass die Integration geglückt ist. Eine deutsche
National-Elf, in der Miroslav Klose, Lukas Podolski,
David Odonkor und Gerald Asamoah zu tragenden
Stützen der Nationalmannschaft gewachsen sind, ist
ein Beleg dafür.

Der andere Beleg waren die gefüllten Straßen, gleich
welcher Hautfarbe, gleich welcher Herkunftsländer,
die deutsche Nationalfahne in der Hand, die Natio-
nalhymne singend, sich über den Sieg der deutschen
Mannschaft freudig; hat deutlich gemacht, die
Bevölkerung ist in sich wesentlich weiter zusammen
gewachsen als manch einer glaubt.

Das Miteinander von Menschen mit unterschiedlichen
Kulturen und Sprachen gehört heute zur Normalität
in Deutschland. Das ist eine großartige Leistung der

**Mehr als fünfzehn
Millionen Men-
schen mit Migrati-
onshintergrund
leben in Deutsch-
land.**



**Geschichte des
Einwanderungs-
landes Deutsch-
land ist zualler-
erst eine Erfolgs-
geschichte.**

Migranten, Flüchtlinge und Aussiedler, die seit 1955 in Deutschland, in der Bundesrepublik heimisch geworden sind, und der einheimischen Ur-Bevölkerung.

In manchen Ballungszentren werden schon bald bis zu fünfzig Prozent aller Menschen einen Migrationshintergrund haben.

Die Kompetenzen und Qualifikationen dieser Menschen, aber auch über eine Million zugewanderte Unternehmer tragen dazu bei, dass Deutschland im weltweiten Wettbewerb insgesamt gut aufgestellt und wieder zum Exportweltmeister aufgestiegen ist.

Die Geschichte des Einwanderungslandes Deutschland ist zuallererst eine Erfolgsgeschichte.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

dieser Erfolg gebührt am wenigsten der deutschen Ausländerpolitik, die unter dem Motto „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ fünfzig Jahre lang von einer falschen Doktrin ausgegangen ist. Viel zu spät, erst mit dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes 2005 wurde Integration endlich als eine zentrale staatliche Aufgabe anerkannt.

Trotz dieser Selbstverpflichtung hat sich mit Ausnahme von flächendeckenden Sprachkursen nur sehr wenig verändert:

Die Politik ist weiterhin primär auf die Abwehr und Abschottung von Migrantinnen und Migranten und Flüchtlingen ausgerichtet. Statt „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ lautet jetzt nun die neue grundfalsche These „Die Multikulturelle Gesellschaft ist gescheitert“. Ich halte es für unerträglich, dass im Deutschen Bundestag ein CDU-Abgeordneter namens Henry Nitzsche sitzt, der jüngst vor ein paar Tagen sich wieder einer Entgleisung hingegeben hat und gesagt hat, „Deutschland und deutsche Städte dürfen nicht von multikulturellen Schwuchteln regiert werden“. CDU räum endlich in deinem Laden auf.

Im Zeitalter der Globalisierung sind moderne Gesellschaften immer auch multikulturelle Gesellschaften.

Die Schwierigkeiten und Probleme, die sich daraus ergeben, müssen als gemeinsame Herausforderung der hier schon ansässigen und neu zugewanderten Menschen begriffen werden. Der Begriff der „multikulturellen Gesellschaft“ verweist auf diese Konflikte und Herausforderungen.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Deutschland braucht Einwanderung!

In der globalisierten Welt können politische Konzepte, die auf Abschottung und Abgrenzung setzen, die sozialen und ökonomischen Probleme unserer Gesellschaft nicht lösen.

Es geht darum, Migration demokratisch zu gestalten statt sich dieser Realität zu verweigern.

Auch um der Überalterung der Gesellschaft und den dramatischen Folgen der demographischen Entwicklung für unsere Sozialsysteme zu begegnen, bleibt Einwanderung nach Deutschland auch in Zukunft zumindest ergänzend unverzichtbar.

Das Zuwanderungsgesetz hat keine Konzeptionen entwickelt, mit denen die Einwanderung so ausgestal-

**Deutschland
braucht
Einwanderung!**



Musikalische Umrahmung „Saite an Saite“.

tet werden könnte, dass Aufnahmegesellschaft und Einwanderer hiervon profitieren.

Wir, die Gewerkschaften, so auch die IG BCE, plädieren dafür, dass das Zuwanderungsgesetz um ein Punktesystem ergänzt wird, dass die Qualifikationen und Integrationschancen potentieller Einwanderer bewertet und Einwanderung zukunftsorientiert steuert.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Integrationspolitik ist auch Einbürgerungspolitik.

Die Einbürgerung dient der rechtlichen und sozialen Integration der in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten und der demokratischen Legitimation unserer staatlichen Ordnung. Sie ist deshalb ein zentrales Ziel der Integrationspolitik.

Das war in den letzten Jahren ein parteiübergreifendes Bekenntnis unter den demokratischen Parteien.

Trotzdem sind die Einbürgerungszahlen in der Vergangenheit von rund 186.688 im Jahr 2000 auf nur noch rund 117.240 im Jahr 2005 gesunken.

Die Einbürgerungszahlen gehen zurück, weil die richtige Zielvorstellung durch eine Vielzahl bestehender und aktueller diskutierter Restriktionen verhindert wird.

- ▶ Verbot der doppelten Staatsangehörigkeit
- ▶ Unverhältnismäßig hohe Anforderungen an Deutschkenntnisse in Wort und Schrift.
- ▶ Von generellem Misstrauen geprägte Leitfragen zur Ermittlung der Verfassungstreue von Einbürgerungsbewerbern; darüber haben wir auf der letzten Tagung gesprochen.

Bereits jetzt sind die Einbürgerungsvoraussetzungen äußerst streng.

Die IG BCE hält weitere Verschärfungen für integrationspolitisch kontraproduktiv und fordert den Gesetzgeber statt dessen auf, durch die generelle Hinnahme der Mehrstaatlichkeit Migrantinnen und

Einbürgerungszahlen gehen zurück.

Verschärfungen der Einbürgerungsvoraussetzung kontraproduktiv.



Der Stand der Anmeldung im Foyer.

Migranten auch dann die Einbürgerung zu ermöglichen, wenn sie nicht dazu bereit sind, durch den Verzicht auf ihre bisherige Staatsbürgerschaft die Brücken zu ihrem Herkunfts- oder Heimatland vollständig abzubauen.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich komme jetzt auf ein Problem, das uns seit langem beschäftigt.

Rund 200.000 Menschen leben ohne eine sichere Aufenthaltsperspektive in Deutschland. Viele von ihnen stammen aus früheren und aktuellen Kriegs- und Bürgerkriegsländern.

Die meisten von ihnen sind seit Jahren in Deutschland, manche wurden hier geboren.

Deutschland, nicht die Länder, aus denen sie vor langer Zeit vor Verfolgung geflohen sind, ist ihre Heimat. Doch eine gesicherte Lebensperspektive wird ihnen noch vorenthalten.

Sie sind behördlich „geduldet“ und vielfach sozial ausgegrenzt.

Nicht nur für Kinder und Jugendliche ist das katastrophal.

Von Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften, Kirchen und auch einigen Politikern wird seit langem

Rund 200.000 Menschen ohne sichere Aufenthaltsperspektive in Deutschland.

eine großzügige Bleiberechtsregelung gefordert. Sie ist seit langem überfällig.

Nach einer jahrelangen Diskussion, wie man endlich den unerträglichen Schwebezustand für Zehntausende in unserem Land, die als Geduldete in einem rechtlichen Niemandsland bei uns leben müssen, beendet, haben die Innenpolitiker der Großen Koalition Anfang November einen guten Kompromiss vorgelegt.

Den haben die Länderinnenminister bei ihrer letzten Innenministerkonferenz in Nürnberg verwässert.

Der schwarz-rote Kompromiss sah vor:

Familien, die sechs, oder Alleinstehende, die acht Jahre geduldet hier sind, bekommen – sofern sie nicht straffällig geworden sind – ein „Schnupperaufenthaltsrecht“ für zwei Jahre, und in dieser Zeit sollen sie sich eine Arbeit suchen, damit sie finanziell auf eigenen Füßen stehen können.

Ein Kompromiss, mit dem es sich eigentlich leben ließe.

Diesen fanden im Prinzip alle demokratischen Parteien, fanden aber auch Gewerkschaften, Flüchtlingsorganisationen, die Kirchen sowie der Städtetag, und fanden auch die Länderinnenminister für tragfähig.



Vor Beginn im Foyer.

Bis auf zwei: Der niedersächsische CDU-Innenminister Schönemann und sein bayerischer CSU-Amtskollege Beckstein stellten die Bleiberechtslösung massiv in Frage.

Ihre Argumente: fragwürdig, fadenscheinig, allenfalls stammtischtauglich, um hier die Hoheit zu gewinnen.

Für die Innenministerkonferenz hatten sie aber zur Folge, dass in Nürnberg eine Bleiberechtsregelung ausgehandelt worden ist, die hinter den vernünftigen Ursprungskompromiss zurückfällt.

Wie viele der rund 100.000 Menschen, die bereits sechs Jahre und länger von Duldung zu Duldung leben und jederzeit abgeschoben werden können, zunächst von dieser Lösung profitieren, kann noch kein Mensch sagen.

Es werden aber wegen den restriktiven Anforderungen nur wenige Tausend sein.

- ▶ Wer arbeits- und ausbildungswillig ist,
- ▶ wer sich integriert hat und Deutsch spricht,
- ▶ wer sich nichts hat zu Schulden kommen lassen, soll bleiben dürfen.

Es muss endlich Schluss sein mit dem Schicksal Zehntausender Flüchtlinge bei uns.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir hoffen sehr, dass der deutsche Bundestag, der das eigentlich entscheiden muss, zur vernünftigen Ursprungslösung zurückfinden wird und ein dementsprechendes Gesetz auf den Weg bringt.

Integration ist für uns auch politische Partizipation.

Flüchtlinge sowie Migrantinnen und Migranten aus Staaten außerhalb der Europäischen Union sind in der Bundesrepublik noch immer weitgehend von der politischen Partizipation ausgeschlossen.



Bleiberechtsregelung hinter Ursprungskompromiss zurückgefallen.

Schluss mit dem Schicksal Zehntausender Flüchtlinge.

**Islam zweitgrößte
Religion in
Deutschland.**

Ihnen wird das Wahlrecht sogar auf kommunaler Ebene vorenthalten.

In einigen Ballungsgebieten können deshalb bis zu 30 Prozent der Wohnbevölkerung nicht an der politischen Willensbildung und an der Ausgestaltung ihres unmittelbaren Lebensumfeldes mitwirken.

Das ist ein Ausdruck vordemokratischen Denkens und der abwehrenden Einstellung gegenüber Migrantinnen und Migranten.

In Wiederholung fordern wir den Gesetzgeber auf, durch die Änderung beziehungsweise Ergänzung des Artikel 28 Absatz 3 GG die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Einwanderer aus Drittstaaten auf kommunaler Ebene das aktive und passive Wahlrecht erhalten.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

an dieser Stelle möchte ich auf die Diskussionen eingehen, die in Deutschland über den Islam geführt werden.

Der Islam ist nach dem Christentum die zweitgrößte Religion in Deutschland.

Deshalb ist die Einführung von deutschsprachigen Islam-Unterricht an den Schulen und die Ausbildung von Imanen und Religionslehrern an deutschen Hochschulen längst fällig.

Obwohl das Zusammenleben mit Muslimen und ihren Einrichtungen grundsätzlich positiv verläuft, nimmt die Islamphobie in Deutschland beständig zu.

Es kann nicht angehen, dass Muslime generell unter Terrorverdacht geraten, nur weil einige Verrückte aus ihren Reihen Terroranschläge in Deutschland oder in der Welt ausgeübt haben oder versuchen.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
das werden wir nicht zulassen.

Zwar gehören Kulturkonflikte in einer heterogenen Gesellschaft zur Normalität, sie können und müssen aber im gleichberechtigten Dialog abgearbeitet werden.



Blick in den Veranstaltungssaal. Im Vordergrund Bundesarbeitskreismitglieder.

Die IG BCE fordert die Bundesregierung dazu auf, den Dialog mit den in Deutschland lebenden Muslimen und ihren Verbänden auszubauen.

Der vom Innenminister Schäuble einberufene Islamgipfel war ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich komme nun zu einem Thema, was uns immer wieder bewegt – das Abschneiden der rechtsextremen Parteien bei den diesjährigen Landtagswahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern ist besorgniserregend.

Aus gewerkschaftlicher Sicht sollten diese Wahlergebnisse Anlass sein, über die bisherige Auseinandersetzung mit rechtsextremen Einstellungen in der Bevölkerung selbstkritisch nachzudenken.

Richtig ist und bleibt in jedem Fall auch nach dieser Wahl die Aufforderung an die Politik wie Wirtschaft, Rechtsextremismus und seine parlamentarischen Vertreter nicht zu unterschätzen.

Richtig bleibt auch die Notwendigkeit nach einem strategischen Konzept zur Demokratisierung der Gesellschaft.

Bundesregierung und Landesregierungen überlassen Projekte gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus vor allem der Zivilgesellschaft.

Islamgipfel erster Schritt in richtige Richtung.

Antirassistische Arbeit hat keinen hohen Stellenwert.

Überwindung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus staatliche Aufgabe.

Staatliche Förderprogramme decken bei weitem nicht den notwendigen Bedarf.

Von Unternehmen oder Stiftungen wird entsprechendes zivilgesellschaftliches Engagement nur in Einzelfällen finanziert.

Antirassistische Arbeit hat in Deutschland nicht den notwendigen hohen Stellenwert, den diese Arbeit eigentlich haben muss.

Anders als in anderen europäischen Ländern hat noch keine deutsche Regierung erkannt, dass die Überwindung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus auch eine staatliche Aufgabe ist.

Dieser Aufgabe muss man sich stellen, wenn man für sich in Anspruch nimmt, an der Ausgestaltung einer toleranten und weltoffenen Gesellschaft interessiert zu sein.

Wir, die Gewerkschaften, die IG BCE im Speziellen, fordern die Bundesregierung auf, zivilgesellschaftliche Initiativen zur Überwindung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus strukturell und finanziell dauerhaft und in ausreichendem Maße zu unterstützen. Es kann nicht von der Haushaltslage des Bundes, der Länder oder der Kommunen abhängig gemacht werden, um dementsprechende Arbeit mitzufinanzieren.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

nach mehreren Anläufen, nach völlig überzogener Kritik und Änderungen in der letzten Minute des Gesetzgebungsverfahrens durch eine Initiative des Bundesrates, ist das AGG am 17.08.2006 in Kraft getreten.

Für Betriebsräte und Gewerkschaften bedeutet dies eine neue Herausforderung, um Benachteiligung im Betrieb noch wirksamer bekämpfen zu können.

Die auf das Arbeitsrecht bezogenen Bestimmungen des AGG entsprechen nun weitgehend denen des Betriebsverfassungsgesetzes. Danach gelten sie nicht für Kleinbetriebe mit weniger als fünf Beschäftigten.

Viele Arbeitgeber aus unserem Organisationsbereich haben erklärt, sie würden keine Betriebsvereinbarungen über „Partnerschaftliches Verhalten am Arbeitsplatz“ abschließen, bevor das Gleichbehandlungsgesetz politisch beschlossen wird.

Jetzt haben wir die Möglichkeit, die Aktion, die wir als IG BCE vor Jahren gestartet haben und mit dem Abschluss mehrerer Betriebsvereinbarungen durchaus erfolgreich war, fortzusetzen.

Ich fordere Euch auf, Ihr, die Betriebsratsvorsitzende und Betriebsratsmitglieder seid, nutzt diese Möglichkeit und geht das Thema mehr in den Betrieben an!

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

auf die Einladung von Bundeskanzlerin Merkel hat am 14. Juni in Berlin der Integrationsgipfel stattgefunden.

Der Gipfel hat ein überwiegend positives Echo bei den Teilnehmern und in der Presse gefunden. Zwar wurden



*Bernd Westphal, Vorstandssekretär VB 2 der IG BCE
im Gespräch mit Jens Martens vom DGB-Bildungswerk.*

**Integrationsgipfel
ein wichtiges
Zeichen.**

von den Ministerpräsidenten auch die bereits bekannten Forderungen nach Sanktionen für „integrationsunwillige Ausländer“ wieder erhoben, sie drangen aber nicht durch.

Die Teilnehmer setzten sich zusammen aus Vertreterinnen und Vertretern von Bund, Ländern und Kommunen, den Nichtregierungsorganisationen, den Sozialpartnern sowie Einzelpersonen mit Migrationshintergrund.

Aus meiner Sicht ist folgendes vorläufige Fazit des Gipfels zu ziehen:

1. Der Integrationsgipfel war ein wichtiges, auch symbolisches Zeichen der Bundesregierung für ein verstärktes Bemühen um die Integration.

Symbolcharakter hatte der Gipfel auch, da erstmals ein/e Bundeskanzler/in Migrantenorganisationen in einem strukturierten Prozess zur Entwicklung eines Aktionsplans einbezogen hat.

Ähnliches gilt für das Aufgreifen der mit der Einwanderung verbundenen Herausforderungen.

2. Ob der Integrationsgipfel mehr ist als ein Symbol, wird sich im Laufe des Prozesses der Entwicklung des Aktionsplans erweisen müssen.
3. Die Arbeitsgruppenarbeit hat begonnen.

Ich bin der Auffassung, dass die sechs genannten Handlungsfelder, die in Arbeitsgruppen unter Federführung der jeweiligen Ministerien bearbeitet werden, einen wesentlichen Teil der Integrationspolitik ausmachen.

Aber ohne die Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen, wie die Verfestigung des Aufenthalts oder die finanzielle Ausstattung der Integrationskurse sowie ohne die Länder und ihre Maßnahmen in der Schulpolitik, kann ein nachhaltig wirkender Aktionsplan nicht gestaltet werden.

Daher müssen sich auch die Länder zur Mitarbeit verpflichten.

Ich bin überzeugt, dass mit diesem Integrationsgipfel ein erster Aufschlag für eine sachliche Diskussion über die Integrationsherausforderungen gemacht wurde.

Gleichwohl bin ich der Auffassung, dass wir stärker als bislang auch in diesem Prozess die Kompetenzen von Migrantinnen und Migranten einbeziehen müssen.

Gleichzeitig dürfen wir uns in unserer Agenda für einen Aktionsplan nicht nur auf die angesprochenen Bereiche wie Sprache, Bildung, Arbeitsmarktchancen und Frauenrechte beschränken.

Wir müssen auch die Fragen der Einbürgerung, die für mich, wie ich bereits vorgetragen habe, eine wichtige Etappe zur gesellschaftlichen Integration darstellt, die Fragen der Verbesserung der Partizipation an politischen Entscheidungen und auch die aufenthaltsrechtlichen Aspekte berücksichtigen.

Der Aktionsplan, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, muss gemeinsam mit den Migrantinnen und Migranten in den Gewerkschaften, den Selbsthilfeorganisationen und den weiteren gesellschaftlichen Verbänden entwickelt werden, nur so wird es ein erfolgreicher Plan.

Wir, die IG BCE und alle anderen DGB-Gewerkschaften auch, werden diesen Prozess konstruktiv begleiten und in den Arbeitsgruppen aktiv mitarbeiten.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit, bürgerrechtliche Mitverantwortung sind Grundwerte unserer Gesellschaft. Sie müssen für alle Menschen Geltung erhalten, die absehbar dauerhaft in der Bundesrepublik Deutschland leben.

Wir wollen Integration – und nicht Assimilation.

Wir wollen Gleichbehandlung und Gleichberechtigung und nicht Unterwerfung der bei uns lebenden Migrantinnen und Migranten!

Aber wir wollen auch, dass die hier lebenden Menschen sich auf unsere nunmehr seit 1945 bewährte Gesellschaft einlassen.

Kompetenzen von Migrantinnen und Migranten stärker einbeziehen.

Wir wollen Integration – nicht Assimilation.

**Demokratisch
festgelegte Regeln
akzeptieren.**

Wer zu uns kommt, der muss auch die demokratisch festgelegten Regeln akzeptieren.

Sie sind Grundlage unseres Zusammenlebens!
Sie bieten genügend Raum für kulturelle Vielfalt!
Sie sichern die Freiheit des Glaubens!
Sie sichern die Rechte von Minderheiten!

Sie setzen aber auch Regeln und Grenzen, die niemand unter Hinweis auf seine Herkunft oder religiöse Überzeugung außer Kraft setzen darf!

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Europäische Union hat das Jahr 2007 zum EU-Jahr der Chancengleichheit ausgerufen.

Mit dem Jahr verfolgt die Europäische Union folgende Ziele:

- a) Sensibilisierung für das Recht auf Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung.
- b) Förderung der gesellschaftlichen Präsenz von Minderheitengruppen und der ausgewogenen Teilhabe von Frauen und Männern.
- c) Anerkennung und Förderung der gesellschaftlichen und kulturellen Vielfalt.
- d) Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.



Armin Laschet und Ulrich Freese im Gespräch.

Das EU-Jahr der Chancengleichheit wird eröffnet mit einer Veranstaltung der deutschen Präsidentschaft Ende Januar 2007 in Berlin.

Darüber hinaus wird derzeit an einem Aktivitätenprogramm der Bundesrepublik gearbeitet, deren Inhalte auch von der EU-Kommission (allerdings mit bescheidenen 600.000 €) gefördert werden.

Zur Umsetzung der Aktivitäten hat die Bundesregierung eine Begleitgruppe eingerichtet, in der auch der DGB vertreten ist.

Die Gewerkschaften werden im Rahmen des EU-Jahres eigene Aktivitäten und Veranstaltungen durchführen und ein eigenes Logo erarbeiten.

Damit machen wir deutlich, dass der DGB und seine ihn tragenden Gewerkschaften zwar die Zielsetzung des Jahres unterstützt, aber dennoch ihre Maßnahmen als eigenständige Beiträge verstehen.

An dieser Stelle möchte ich noch zur derzeitigen Steinkohle-Situation was sagen.

Wir wissen, dass sich die politischen Verhältnisse geändert haben, im Mai 2005 durch die Wahlen in Nordrhein-Westfalen, im September 2005 durch die Bundestagswahlen. Aber diese veränderten politischen Bedingungen geben niemanden das Recht, konsequent nun den Ausstieg aus der Rohstoff- und Energie-Politik auf Basis der Steinkohle in Gang zu setzen.

Denn die, die gewählt worden sind, sind gewählt worden, weil andere abgewählt wurden. Die, die gewählt worden sind, müssen damit rechnen, bei weiteren demokratischen Wahlen ebenfalls abgewählt zu werden. Hier handelt es sich um eine Grundsatz-Entscheidung für die Bundesrepublik Deutschland. Von daher ist der von uns als IG BCE vorgeschlagene Weg, eine dauerhafte Regelung auf Basis eines Gesetzes für den Steinkohlenbergbau zu verabschieden, einzuschlagen. Ein Weg, der einerseits sicherstellt, dass der weitere Rückgang des Steinkohlenbergbaus sozialverträglicher sein muss und niemand ins Bergfreie fällt. Anderer-

**Chancen auf einen
Referenz- oder
Sockelbergbau
offen halten.**

seits dürfen die Chancen auf einen Referenz- oder Sockelbergbau nicht verbaut werden, sondern die Türen müssen offen gehalten werden, um im nächsten Jahrzehnt erneut darüber zu entscheiden, ob es noch einen Zugang zu Lagerstätten gibt.

Ob es noch die Chancen gibt, Maschinentechnik, Sicherheitstechnik im weltweit tiefsten Steinkohlenbergbau in Deutschland zu entwickeln, zur Marktreife zu bringen und daraus Exportwirtschaft entwickeln zu lassen.

Mindestens 2 1/2 Milliarden Euro Umsatz macht mittlerweile der Deutsche Maschinenbau mit Bergbautechnologie in der Welt. Diese Bergbautechnologie braucht einen zukunftsfähigen – einen Referenzbergbau!



Blick in den Veranstaltungssaal.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
als Referenten zum heutigen Thema konnten wir zwei
sehr kompetente Persönlichkeiten gewinnen.

Ich begrüße an dieser Stelle Herrn Minister Armin
Laschet, seien Sie herzlich willkommen in unserer
Mitte.

Ebenso herzlich begrüße ich Herrn Sebastian Edathy,
Bundestagsabgeordneter aus Niedersachsen.

Auch der Bürgermeister der Stadt Recklinghausen ist
bei uns immer ein willkommener Gast.

Herr Pantförder, lieber Wolfgang,
herzlich willkommen.

Ich begrüße die Arbeitsdirektoren aller bedeutsamen
Unternehmen unseres Organisationsbereiches.

Auch über die Anwesenheit von Personal- und Sozial-
direktoren, Hauptabteilungsleitern, Kolleginnen und
Kollegen der Mitbestimmung, Vertretern der Woh-
nungswirtschaft und der Knappschaft Bahn See sowie
Gesamtbetriebsratsmitgliedern, Betriebsratsvorsitzen-
den und Betriebsratsmitgliedern freuen wir uns und
heißen sie zu unserer Recklinghäuser Tagung herzlich
willkommen.

Ganz besonders begrüße ich die ehemaligen Abtei-
lungsleiter Klaus Lentes und Klaus Breidenstein.

Außerdem begrüße ich die Landesbezirksleiter, Kolle-
gen Kurt Hay und Peter Hüttenmeister und den stell-
vertretenden Landesbezirksleiter Jürgen Grunwald.

Es sind viele Bezirksleiter, Abteilungsleiter und Sekre-
täre, die für die Ausländerarbeit in der IG BCE zustän-
dig sind, anwesend. Auch Euch ein herzlicher Willkom-
mensgruß.

Ich begrüße außerdem von Ver.di, die für Migrations-
politik zuständige Kollegin Sonja Marko, vom DGB den
Kollegen Volker Roßocha und vom DGB-Bildungswerk
den Kollegen Leo Monz.

Ein besonderer Gruß gilt der Revierarbeitsgemein-
schaft für kulturelle Bergmannbetreuung, die wie



*Stand der Bundesknappschaft,
Bahn und See. Im Vordergrund
Arbeitskreismitglieder Senol Oruc,
Bezirk Gelsenkirchen und Zeki
Yilmaz, Bezirk Hannover.*

*Stand des DGB-Bildungswerks.
Im Vordergrund Osman Ulusoy,
IG BCE-Bezirksleiter Darmstadt.*



Stand des QFC.

immer hier anwesend ist, mit einem Informations- und Teestand.

Ich begrüße an dieser Stelle den Geschäftsführer Theo Köster und bedanke mich für die wertvolle Unterstützung.

Zum ersten Mal ist das QFC Halle hier unter uns, eine Tochter-Gesellschaft der IG BCE, welche im Bereich der Aus-, Weiter- und Fortbildung tätig ist und heute auch ein Stück von Integrations- und Migrationsarbeit leistet. Sie haben zwei Austausch-Auszubildende aus Polen mitgebracht. Herzlich willkommen!

Zum Schluss möchte ich mich bei den Vertreterinnen und Vertretern der Presse für ihre Anwesenheit bedanken und hoffe auf eine faire und objektive Berichterstattung.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

damit ist die 36. Recklinghäuser Tagung eröffnet.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit mit einem herzlichen Glückauf und übergebe das Wort an Herrn Wolfgang Pantförder.



Zahlreiche Spitzenfunktionäre der IG BCE und Gäste waren anwesend.



Wolfgang Pantförder*

* Bürgermeister der Stadt Recklinghausen

Lieber Uli Freese,
Herr Minister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

herzlich willkommen und danke für die
Einladung, die ich erhalten habe, denn
sonst hätte ich ja gar keine Gelegenheit
mal wieder ein kurzes Grußwort zu
sprechen.

Herzlich willkommen zur 36. Recklinghäuser
Tagung, hier bei uns in Recklinghausen
im Ruhrfestspielhaus, das ja besonders geeignet
ist für so eine Tagung, weil die Stadt mit der Gewerk-
schaft über die Kultur sehr eng verbunden ist durch
die Geschichte des Bergbaus in dieser Stadt.

Wir schreiben das Jubiläumsjahr der Ruhrfestspiele
und ich denke, sie sind genauso stolz wie der Bürger-
meister von Recklinghausen, denn wir haben über
70.000 Besucher/-innen.

Ich will kurz anknüpfen bei dem, was Ulrich Freese
gesagt hat, dass die Migrations- und Integrationspoli-
tik Deutschlands bei allen Schwierigkeiten, die wir zur
Zeit haben, bei allen Anstrengungen, die wir unter-
nehmen müssen – eine Erfolgsgeschichte ist.

Es gibt keine Region in Deutschland, die so viel Kom-
petenz, so viel Erfahrung und auch so viel Geleistetes
vorweisen kann wie das Ruhrgebiet.

Und dieses ist verbunden mit der Geschichte von
Kohle und Stahl. Ich habe mehrfach darauf hinge-
wiesen, dass unsere wundervolle Stadt vor der Indus-
trialisierung ein ganz kleiner Ort war. 1.870 = 7.000
Einwohner im Kern der Stadt. 30 Jahre später 70.000
Einwohner und diese zusätzlichen Kräfte waren Men-
schen, die hier Arbeit fanden; in dieser Zeit entstan-
den in Recklinghausen 5 große Bergwerke. Und die
Menschen kamen wegen der Arbeit und sie kamen
aus allen Teilen Deutschlands und sie kamen vor allen
Dingen auch aus Osteuropa.



Mit guten Konzepten und langem Atem können wir erfolgreich sein.

120.000 Einwohner, diese neue Bevölkerung in der Stadt waren Menschen aller Orte. Diese Menschen sind integriert worden in unsere Gesellschaft und darauf sind wir sehr stolz.

Das zeigt auch, dass wir mit guten Konzepten und mit langem Atem erfolgreich sein können, auch jetzt bei allen Problemen in der Migrations- und Integrationspolitik. Das sollte uns Mut geben und Zuversicht.

Und die Schlüsse, die wir aus dem Erreichten ziehen, haben sich nicht geändert. Das ist die Sprache, das ist die Bildung, das sind Ausbildung und Arbeit und das sind Toleranz und gegenseitige Offenheit. Wir dürfen aber nicht auf der Stelle stehen bleiben, wir müssen uns intensiver darum kümmern und weiter entwickeln!

Ich will einige wenige Beispiele bringen, wie wir uns einbringen, um noch mehr aus den Potenzialen zu machen. Natürlich können wir jetzt auch verstärkt Sprachunterricht anbieten, wir bieten auch Sprachunterricht für Mütter an. Aber vor allem sind wir jetzt im Stande, selbst wenn die Finanzen auch nicht ausreichend sind, frühzeitige Förder- und Betreuungsangebote zu machen – Stichwort: unter 3.

Je eher wir die Kinder erreichen, umso stärker können wir sie fördern.

Und wir haben in Recklinghausen bereits jetzt eine Quote, die bereits auf 12 % zuläuft, eine Zahl, die an sich erst im Jahr 2010 erreicht werden sollte. Wir haben über 300 Betreuungsangebote für Kinder unter 3 Jahren. Von daher muss man stolz sein, dass man in so kurzer Zeit so viel erreicht hat.

Wir haben flächendeckend in der Stadt die Angebote ausgebaut für die offene Ganztags-Grundschule. Für 3.800 Kinder stehen mittlerweile 1.500 Plätze zur Verfügung. Wir waren selber überrascht, wie umfanglich diese Angebote auch von den Eltern angenommen werden. Es wird sogar noch mehr zunehmen – die Förderung der Kinder mit Migrationshintergrund und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Mein Appell am heutigen Tage: Wir können sehr erfolgreich sein in der Migrations- und Integrationspolitik; wir brauchen dafür natürlich auch die finanziellen Handlungsspielräume, die fordern wir aber auch ein.

Wir können sicher nötige Fortschritte in der Integration der Menschen, die für uns Potentiale sind, erreichen.

Wir können und müssen erreichen, dass sie gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft werden.

Diese sind Anforderungen, die an die Gesamtgesellschaft, an alle gerichtet sind.

Wir werden uns diesen Anforderungen stellen!

Noch mal, herzlich willkommen und Glückauf!“

**Gleichberechtigte
Mitglieder der
Gesellschaft.**



Blick in den Veranstaltungssaal.



Armin Laschet*

* Minister für Generation, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, heute vor Ihnen, den „Integrationspionieren“, zu sprechen. Schließlich findet diese jährliche Tagung heute zum 36. Mal statt. Das ist selbst schon ein Stück Integrationsgeschichte, auf die die deutschen Gewerkschaften stolz sein können.



Jeder 12. Arbeitnehmer in Deutschland ist ein Zuwanderer. Auch in der IG BCE bilden die ausländischen Arbeitnehmer mit rund 80.100 Mitgliedern eine feste Größe.

Und Sie haben Ihre ausländischen Kollegen von Anfang an einbezogen und damit einen Fehler vermieden, der vielen gesellschaftlichen Akteure unterlaufen ist.

Gewerkschaften wie die IG BCE stellten eine vorbildliche Gleichberechtigung zwischen Ausländern und Deutschen her und haben damit den Königsweg – Integration durch Arbeit – gefördert.

Integration hat grundsätzlich viele Facetten. In der aktuellen Diskussion ist viel von der kulturellen Dimension von Integration die Rede, vom Streit um das Kopftuch, von der Rolle des Islams und davon, was es bedeutet, ein deutscher Staatsbürger zu sein.

Das sind wichtige Themen. Kultur und Religion sind aber nur ein Teil der Lebenswirklichkeit von Zuwanderern. Man darf andere nicht vergessen.

Heute spreche ich vor Arbeitgebern und Gewerkschaftern, und da liegt es nahe, über eine weitere, zentrale Dimension von Integration zu reden: über Arbeit und Beschäftigung.

Die Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ist eine eminent volkswirtschaftliche Frage. Auf den Punkt gebracht heißt das:

Integration, die gelingt, rechnet sich für den Zuwanderer, für das Unternehmen und für die Volkswirtschaft als Ganzes.

IG BCE vorbildlich.

**2,3 Millionen
Deutsche
aufgestiegen.**

Nichtintegration hingegen kostet:

- ▶ sie kostet den Zuwanderer seine Zukunft,
- ▶ sie kostet das Unternehmen leistungsstarke Mitarbeiter
und
- ▶ sie kostet die Volkswirtschaft vor allem eines – Geld und Potenzial.

Und all das können wir uns nicht leisten, heute weniger denn je.

Integration durch Arbeit.

In den 1950er bis 1970er Jahren vollzog sich Einwanderung vor dem Hintergrund von Wirtschaftswunder und Vollbeschäftigung. Selbst der ersten Rezession 1966 folgten schon 1968 und 1969 wieder Wachstumsraten von 7,3 und 8,2 %.

1965 gab es 648.000 offene Stellen bei 147.000 Arbeitslosen. 1961 waren rund 80 % aller in der Bundesrepublik lebenden Ausländer erwerbstätig, bei der deutschen Bevölkerung hingegen nur 47 %.

1971 betrug die Arbeitslosenquote der Deutschen, heute kaum glaubliche 1,2 %, die der Ausländer war noch niedriger bei 0,8 %, was auch daran lag, dass viele nach dem Verlust des Arbeitsplatzes zurück in ihre Herkunftsländer gingen.

Insgesamt stiegen zwischen 1960 und 1970 etwa 2,3 Millionen Deutsche von Arbeitern zu Angestellten auf. Die einzige durch die Zuwanderung von Gastarbeitern ausgelöste Verdrängung jener Jahre war die der Deutschen auf bessere und höher bezahlte Positionen.

Wenn es zu dieser Zeit bereits eine Integrationsstrategie gab, dann hieß sie: Integration durch Arbeit. Dieser Ansatz passt heute nicht mehr.

Im produzierenden Gewerbe gingen nach einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg die sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze von 10,7 Millionen im Jahr 1991 auf 2004

7,2 Millionen zurück. Das Baugewerbe reduzierte im gleichen Zeitraum von 2,45 auf 1,6 Millionen Beschäftigte.

Der technische Fortschritt und der grundlegende Wandel der Arbeitsprozesse hat die Nachfrage der Unternehmen nach qualifizierten Arbeitskräften erhöht, die nach Geringqualifizierten und Ungelernten ist zurückgegangen.

Da Deutschland nie Elitenmigration organisierte, sondern einfache Arbeitskräfte anwarb, die im produzierenden Gewerbe zupacken konnten, trifft die zugewanderte Bevölkerung die Beschäftigungskrise ganz besonders.

Viele sind zwar für die Erfordernisse des Industriezeitalters qualifiziert, nicht aber für unsere moderne wissensbasierte Wirtschaft. Es gibt heute Städte in Nordrhein-Westfalen, in denen die Ausländerarbeitslosenquoten bei knapp 40 % liegen.

Insgesamt ist die Arbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen unter ausländischen Arbeitnehmern mehr als doppelt so hoch, wie unter Deutschen.



Der ACE-Stand.



Tee-Stand REVAG.

**Ein großer Teil
ausgeschlossen.**

Mangelnde Qualifikation blockiert Integration in den Arbeitsmarkt. Es ist evident, dass fehlende Qualifikation die zentrale Ursache der überproportionalen Ausländerarbeitslosigkeit ist. Ende September 2005 hatten nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit 75 % der arbeitslosen Ausländer keine abgeschlossene Berufsausbildung im Vergleich zu „nur“ 39 % bei den deutschen Arbeitslosen.

Mir macht Sorgen, dass damit ein großer Teil der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte aus unserer Leistungsgesellschaft ausgeschlossen wird. Zu viele kommen einfach nicht mit.

Und welches Signal senden wir einem Jugendlichen, der gleich am Beginn seines Berufslebens zu hören bekommt: Für Dich gibt es keinen Platz, Du gehörst nicht dazu.

Mir bereitet der Rückgang der Ausbildungsbeteiligung bei jungen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte besondere Sorge:

Vor 10 Jahren waren bundesweit 116.000 ausländische Jugendliche in Ausbildung, heute sind es nur mehr knapp 72.000. Während 1996 bundesweit noch 12 % aller Auszubildenden einen ausländischen Pass hatten, ist dieser Anteil bis 2004 auf 7,7 Prozent gesunken. Das ist ein dramatischer Rückgang.

Zum Teil ist er sicherlich durch Einbürgerungen zu erklären. Viele türkischstämmige Jugendliche sind ja längst deutsche Staatsbürger und werden als solche in der Statistik geführt.

Der Rückgang ist gewiss auch auf die wachsende Bereitschaft von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zurückzuführen, Abitur zu machen und ein Studium aufzunehmen, anstatt eine Lehre zu beginnen.

Das gesamte Ausmaß der zurückgehenden Ausbildungsbeteiligung von ausländischen Jugendlichen ist durch diese Effekte aber nicht zu erklären. Fest steht: Es ist heute für sie schwieriger geworden, im Wettbewerb mit deutschen Bewerbern mitzuhalten.

Hinzu kommt: Fast zwei Drittel der Deutschen finden direkt nach der Ausbildung einen Arbeitsplatz. Dagegen gelingt nur gut der Hälfte der jungen Türken der Übergang in ein Beschäftigungsverhältnis.

Was aber machen Jugendliche, wenn sie nach der Ausbildung nicht übernommen werden? Es droht eine Negativspirale aus Arbeitslosigkeit, Aushilfsjob und Resignation.

Insbesondere bei türkischen Frauen haben wir auch ein sehr enges Spektrum der Ausbildungsberufe: 80 % der türkischen Frauen konzentrieren sich auf nur 8 Berufsklassen. Fast jede vierte lernt eine Bürofachkraft zu werden, jede sechste Verkäuferin und jede achte Friseurin.

Dieses Spektrum ist viel zu eng. Hier haben sich Traditionen entwickelt, die zu Benachteiligungen führen. Wir brauchen mehr Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte in anderen Bereichen, etwa bei den Banken und Versicherungen.

Ganz wichtig ist nun ein Ergebnis einer aktuellen Studie der Agentur für Arbeit: Wenn nach der Ausbildung der Berufseinstieg erst einmal gelungen ist, gibt es fast keine Unterschiede mehr zwischen Deutschen und Zuwanderern – dann sind sie gleich gut und werden von ihren Arbeitgebern gleich geschätzt.

Es ist schwieriger geworden, im Wettbewerb mitzuhalten.

**Gewerkschaften
früh für Integra-
tion eingetreten.**

Bildung ist also entscheidend:

Wer ohne Schulabschluss bleibt, der hat in unserer Leistungsgesellschaft keine Chance. Früher konnte man ohne oder mit einem mäßigen Schulabschluss dennoch ein guter Handwerker werden. Heute geht ohne Abschluss nichts mehr.

Und wer früh von Arbeit ausgeschlossen bleibt, der wird sich auch nicht integrieren. Daher gilt: Integration ist, was Arbeit schafft.

Gewerkschaften sind früh für Integration eingetreten.

Hervorheben möchte ich an dieser Stelle einmal das Betriebsverfassungsgesetz von 1972. Es ist zum Anker des deutschen Integrationsmodells durch Arbeit und soziale Rechte geworden.

Es sichert Ausländern die rechtliche Gleichbehandlung und das aktive und passive Wahlrecht zum Betriebsrat. Hier wurden sie zum ersten Mal rechtlich gleich behandelt, noch lange bevor es in Deutschland zum Konsens wurde, dass es eine Einwanderungsgesellschaft hat.

Damit wurden Unternehmen zum ersten Ort in der Bundesrepublik, an dem Ausländer politisch mitbestimmen konnten.

Das Gesetz verlangt, dass „alle im Betrieb tätigen Personen nach den Grundsätzen von Recht und Billigkeit behandelt werden“ und „jede unterschiedliche Behandlung von Personen wegen ihrer Abstammung, Religion, Nationalität, Herkunft, politischen oder gewerkschaftlichen Betätigung oder Einstellung oder wegen ihres Geschlechts unterbleibt.“

Der Ort, an dem Integration am besten funktionierte – und bis heute am besten funktioniert –, ist der Arbeitsplatz, der Betrieb.

Die sozialen Kontakte der früheren Gastarbeiter konzentrierten sich auf den Kollegenkreis. Im Betrieb waren Deutsche und Ausländer gemeinsam tätig, auch wenn man nach Dienstschluss getrennte Wege ging.

Ich möchte an dieser Stelle den Gewerkschaften für ihre umfassende Integrationsarbeit in den vergangenen Jahrzehnten, seit der ersten Anwerbung italienischer „Gastarbeiter“ im Jahr 1955 sehr herzlich danken.

Der Sozialstaat kann Integration nicht herstellen.

Doch wo stehen wir heute?

Wer auf den Sozialstaat, Intervention und die segensreiche Wirkung korrigierender Ausgabenprogramme setzt, verkennt die Lage. Bei einer Staatsverschuldung von 1.500 Milliarden Euro und einer Pro-Kopf-Verschuldung von 18.500 Euro sind die Leistungsgrenzen erreicht.

Der Sozialstaat ist gezwungen sich auf seine Kernaufgaben zu beschränken und nicht mehr wie in der Vergangenheit in der Lage, individuelle Notlagen aufzufangen. So führt die Krise der Arbeit verbunden mit der Krise des Sozialstaats zu einer Krise des deutschen Integrationsmodells.

Was ist zu tun? Perspektiven der Integrationspolitik.

Heute gilt für alle Akteure in der Gesellschaft: Das deutsche Integrationsmodell muss neu justiert werden. Das geht nur, wenn es um wesentliche Faktoren erweitert wird, in erster Linie um Bildung.

Der „PISA-Schock“ hat gezeigt, dass Deutschland und seine Einwanderer weit hinter ihren Möglichkeiten zurück bleiben.

Das fängt beim Erwerb der deutschen Sprache an. Nur wer gut Deutsch spricht, kommt in Deutschland zurecht! Fast 50 % der Jugendlichen aus Zuwandererfamilien erreichen aber laut PISA 2000 im Lesen nicht die elementare Kompetenzstufe I, obwohl über 70 % von ihnen die deutsche Schule vollständig durchlaufen haben.

Ein weiteres Ergebnis: Nur in 50 % der Familien mit Zuwanderungsgeschichte ist die Umgangssprache deutsch und sogar nur in 26,5 % der türkischen Familien.

„PISA-Schock“



Vor Beginn im Foyer ...

... zahlreiche Gäste erweisen der IG BCE die Ehre.



Zweite Reihe von links nach rechts: Thomas Wessel (Vorsitzender der Geschäftsführung RAG-Bildung GmbH), Jörg Schwenzfeier (Arbeitsdirektor THS GmbH), Peter Ermlich (DSK-Personaldirektor), Werner Lüdtkke (Arbeitsdirektor Thyssen Schachtbau), Helmut Hamer (ehem. Arbeitsdirektor Deilmann-Haniel), Alfons Rohner (Generalbevollmächtigter Wismut GmbH), Hans-Jürgen Schneider (Arbeitsdirektor RAG-Immobilien). Im Vordergrund Mitglieder des Bundesarbeitskreises.

Das ist eine entscheidende Ursache dafür, dass im Schuljahr 2005/06 in Nordrhein-Westfalen der Zuwandereranteil

- ▶ an den Hauptschulen 29,7 %,
- ▶ an den Gesamtschulen 20,2 %,
- ▶ an den Gymnasien aber gerade einmal 6,1 % betrug.

Das darf so nicht weiter gehen. Die Konsequenz aus diesen Zahlen kann nur lauten: Bildung muss fester Bestandteil des deutschen Integrationsmodells werden. Und bei uns ist er das geworden.

Mit einem 20-Punkte-Plan wollen wir der Integration in Nordrhein-Westfalen zum Erfolg verhelfen und den Wandel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft auch in der Integrationspolitik nachvollziehen.

Der Aktionsplan Integration der Landesregierung vom Juni dieses Jahres setzt bei Sprachförderung und Bildung an.

Schulische Bildung setzt voraus, dass man die deutsche Sprache bereits beherrscht, wenn man in die Schule kommt. Andernfalls drohen Schulversagen und Chancenlosigkeit in Ausbildung und Beruf.

Deswegen haben wir die Mittel für die Sprachförderung im Vorschulbereich mehr als verdoppelt. Ab 2007 soll es für jedes Kind zwei verbindliche Sprachstandsfeststellungen geben.

Im ersten Schritt bereits zwei Jahre vor der Einschulung, im zweiten Schritt bei der Anmeldung etwa ein Jahr vor der Einschulung.

Wenn der Sprachstand der Kinder nicht altersgemäß ist und sie die deutsche Sprache nicht hinreichend beherrschen, wird das Kind verpflichtet, an einem vorschulischen Sprachkurs teilzunehmen.

Denn Nordrhein-Westfalen soll in Zukunft das modernste Schulsystem Europas erhalten. Dafür erweitern wir auch das Ganztagsangebot an Schulen.

Mittel für Sprachförderung verdoppelt.

**Deutschland
braucht mehr
Zuwanderung von
Hochqualifizierten.**

Damit verbessern wir auch die Bildungs- und Zukunftschancen von Zuwandererkindern. Deutschland braucht mehr Zuwanderung von Hochqualifizierten.

Eine andere Sache wird wichtig, wenn wir uns die Bevölkerungsentwicklung und die Umstrukturierungen auf dem Arbeitsmarkt ansehen:

Deutschland braucht mehr Zuwanderung von Hochqualifizierten. Wir werden schon bald in die Situation kommen, dass es mehr alte als junge Menschen gibt in unserer Gesellschaft. Und im Informationszeitalter sind wir grundsätzlich darauf angewiesen, einen Austausch von Fachleuten aus anderen Ländern zu fördern.

Es gibt jedoch ein eklatantes Missverhältnis zwischen der rechtlich-humanitären gebotenen und der qualifizierten wirtschaftlichen Einwanderung nach Deutschland.

Die vorliegenden Zahlen zeigen das sehr deutlich: Im Jahr 2006 sind bis zum Monat August nach Deutschland gerade einmal 318 Hochqualifizierte nach § 19 Aufenthaltsgesetz zugewandert. Als Selbstständige sind 1.539 Zuwanderer in diesem Jahr registriert worden.

Zum Vergleich: 2005 kamen im Familiennachzug 52.300 Personen nach Deutschland sowie 35.500 Spätaussiedler.

Die Hürden für Hochqualifizierte sind eindeutig zu hoch. Für diese Menschen fordert das Gesetz ein Jahresgehalt in Höhe von ca. 84.000 Euro.

Gerade mittelständische Unternehmen können diese Gehälter nicht zahlen.

Für die Zuwanderung als Selbstständiger ist laut Aufenthaltsgesetz eine Investition von 1 Mio. Euro und die Schaffung von 10 Arbeitsplätzen Voraussetzung.

Ich bedauere außerordentlich, dass Bundesarbeitsminister Müntefering sein Veto gegen eine liberalere Regelung zumindest für jüngere Hochqualifizierte

eingelegt hat. Ich habe seine Beweggründe nicht verstanden und ihn schriftlich um Aufklärung gebeten.

Hier verbaut sich Deutschland Chancen. Das muss auch der Bundesarbeitsminister einsehen.

Zuwanderer als Unternehmer.

Und noch etwas möchte ich festhalten: Was wären viele Stadtviertel ohne den Unternehmergeist der Einwanderinnen und Einwanderer. Sie sind ja nicht selten die einzigen, die in bestimmten Vierteln den Mut besitzen, um das Risiko der Selbstständigkeit einzugehen.

In Deutschland gab es 2003 insgesamt 286.000 ausländische Selbstständige. Mit 46.000 stellten die Italiener die größte Gruppe, gefolgt von den Türken mit 43.000.

Allein die von türkischen Zuwanderern geführten Unternehmen erwirtschafteten dabei einen jährlichen Umsatz von (2003) geschätzten 24,7 Mrd. Euro.

Was folgt daraus? Deutschland und insbesondere Nordrhein-Westfalen können sich glücklich schätzen, neben den einheimischen deutschen auch viele aktive Unternehmer mit Zuwanderungsgeschichte zu haben.

Auch die Wirtschaft ist natürlich gefordert, wenn es um die Eingliederung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte geht.

Ich würde mir wünschen, dass mehr Unternehmen das Potenzial dieser Menschen erkennen.

Viel zu häufig wird der Blick noch auf vermeintliche Risiken gerichtet, die eine Einstellung von Zuwanderern mit sich bringen könnte. Die Chancen, die sich dahinter verbergen, werden leider oft nicht wahrgenommen.

Menschen mit ausländischen Wurzeln verfügen über eine Vielzahl von Kompetenzen, die sich gerade im internationalen Wettbewerb bezahlt machen: angefangen von der Zweisprachigkeit bis hin zum Wissen

Vielfältige Kompetenzen bei Menschen mit ausländischen Wurzeln.

über den Umgang und die Gepflogenheiten in anderen Kulturen.

Dieses Potenzial gilt es zu nutzen:

- ▶ im Interesse der Unternehmen,
- ▶ im Interesse der Zuwanderer
- ▶ und im Interesse des Integrationsprozesses.

Denn:

- ▶ nichts benötigen Zuwanderer mehr als einen guten Ausbildungsplatz bzw. einen Job mit Perspektive;
- ▶ nichts ist für die Integration nötiger, als ein deutlicher Abbau der Arbeitslosigkeit.

Dass die Wirtschaft – und gerade die mittelständische Wirtschaft – viel für Arbeit und Beschäftigung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte tut, das weiß ich und dafür danke ich Ihnen. Aber: Nichts ist so gut, dass es nicht noch besser werden könnte!

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen produktive weitere Diskussionen auf der heutigen Tagung.



Aufmerksame Zuhörer.



Blick in den Veranstaltungssaal, im Vordergrund Mitglieder d. AK Leverkusen.



Aufmerksame Zuhörer, im Vordergrund Funktionäre der IG BCE.



Sebastian Edathy*

* Mitglied des deutschen Bundestages
Vorsitzender des Innenausschusses

Sehr geehrter Herr Minister,
meine Damen und Herren,
ich darf sogar sagen:
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich gehöre zwar nicht der IG BCE an, sondern der Gewerkschaft Ver.di, aber das soll ja auch eine ehrenwerte Gewerkschaft sein, habe ich mir zumindest sagen lassen.

Ich bin eingeladen worden, hier zu sprechen unter dem Titel „Aus Sicht der Bundesregierung“. Der Bundesregierung gehöre ich zwar nicht an, aber sie hat natürlich zumindest indirekt meine Unterstützung als Koalitionsabgeordneter. Ich bin sozialdemokratischer Parlamentarier, seit 1998 im Deutschen Bundestag, Mitglied im Innenausschuss und seit ungefähr einem Jahr Vorsitzender dieses Ausschusses, der unter anderem die Zuständigkeit hat für die Themenbereiche Zuwanderung und Integration. Das war übrigens auch einer der Gründe, als ich erstmals ins Parlament gewählt worden bin, weshalb ich meine Fraktion gebeten habe, in diesem Ausschuss mitarbeiten zu dürfen. Nach meiner festen Überzeugung hat diese Thematik in den letzten Jahren mehr und mehr an Bedeutung gewonnen, was die SPD-Bundestagsfraktion nachhaltig gefördert hat. Integrationsfragen sind keine Randthematik für unser Land, sondern eine zentrale Zukunftsfrage. Gleichberechtigte Teilhabe Menschen gleich welcher Prägung zu ermöglichen, das ist, was unserem eigenen Demokratieverständnis entsprechen muss, dem Verständnis eines freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates. Dazu gehört, sicher zu stellen, dass niemand ausgegrenzt wird, weil er einer bestimmten Religion zugehört oder weil er aus einem anderen Land zu uns gekommen ist.

Für uns als Demokraten muss gelten:
Ob ein Bürger dieses Landes am Freitag in die Moschee geht, am Samstag in die Synagoge, am Sonntag in die Kirche oder zu Hause bleibt, weil er Atheist ist: Das hat den Staat nicht zu interessieren, das ist Privatsache, das ist geschützt vom Grundgesetz. Wir müssen

**Integrations-
fragen keine
Randthematik.**

**1999 Reform des
Staatsbürger-
schaftsrechts.**

sicherstellen, dass durch die Gesetze, die in unserem Land gelten, Menschen gleiche Chancen erhalten. Ich begrüße sehr, dass Minister Laschet darauf hingewiesen hat, dass natürlich die Frage des Erwerbs der Sprache wichtig ist, aber dass für gleichberechtigte Teilhabe gleiche Chancen von besonderer Wichtigkeit sind und deshalb insbesondere dem Thema Bildung eine große Bedeutung zukommt. Wir hatten vor einigen Jahren die Situation in Deutschland, dass wir mehrheitlich ein gesellschaftliches Verständnis dieses Landes hatten, das nicht den Realitäten entsprochen hat.

Ich will da gar nicht zu weit zurückgreifen, aber ich glaube schon, dass der Prozess der Nationalstaatsbildung in Deutschland im 19. Jahrhundert sehr spezifisch war. Bei der Gründung des deutschen Reiches wurde damals gesagt: Das, was uns verbindet zwischen Bayern und Preußen, das ist die gemeinsame Abstammung. Das hat sehr lange nachgewirkt, und auch die vielen Brüche in der deutschen Geschichte haben lange Zeit nicht dazu geführt, dass in den Prozessen der Demokratisierung und der Zivilisierung die Notwendigkeit erkannt wurde, dieses Konzept des eigenen Gesellschaftsverständnisses grundsätzlich auf den Prüfstand zu stellen. Das haben wir eigentlich erst 1999 gemacht, mit der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts. Ich freue mich, daran mitgearbeitet haben zu dürfen. Das war eine Reform, die nicht das Optimale erreicht hat. Aber eine Reform, die Schluss damit gemacht hat, rechtlich, gesetzgeberisch zu sagen: „Deutscher ist, wer von Deutschen abstammt.“

Nein, Deutscher ist, wer hier seinen Lebensmittelpunkt hat. Mindestens die, die hier geboren sind, sind es. Und die, die nicht hier geboren sind, denen wollen wir es leichter machen, dazu zu gehören. Es verträgt sich nicht mit den Grundprinzipien einer Demokratie, wenn wir auf Dauer Bürger erster und zweiter Klasse haben. Und ich bin Herrn Laschet dankbar, dass er in den vergangenen Monaten, anders als seine Parteifreunde, darauf hingewiesen hat, dass wir nicht zu viele Einbürgerungen haben, sondern zu wenige Einbürgerungen, weil wir eben durch die gesetzliche Lage eine immer

noch recht restriktive Definition haben bezüglich der Zugangsvoraussetzungen, aber immerhin eine bessere, eine demokratischere Definition, als das vor der Reform des Staatsangehörigkeitsrechtes der Fall gewesen ist. Ich glaube insbesondere, dass zur Zeit noch gar nicht ausreichend gewürdigt wird, welche positiven Auswirkungen auf lange Sicht die Einbürgerung der hier geborenen Kinder ausländischer Eltern haben wird. Das wird dieses Land sehr stark verändern. Es wird auch das Selbstbild derer verändern, die bisweilen, selbst wo sie nie aus dem Ausland gekommen sind, hin und wieder noch als Migranten bezeichnet werden. Ein zweiter Schritt, den wir im Bundestag federführend im Innenausschuss in den letzten Jahren gemacht haben, das war das Zuwanderungs- und Integrationsgesetz. Damit ist ein längst überfälliges Konzept verbunden, von dem man sagen kann, im Großen und Ganzen hat es sich bewährt, es muss aber noch verbessert werden. Für mich war immer und ist nach wie vor ein Kernstück dieser Reform der Bereich der Integrations- und der Sprachkurse.

Es ist uns erfreulicher Weise möglich gewesen, an diesen Kursen seit dem Jahr 2005 deutlich mehr Menschen teilnehmen lassen zu können, die bereits

Positive Auswirkungen der Einbürgerung nicht ausreichend gewürdigt.



Ulrich Freese empfängt Sebastian Edathy.

**Stärker aus-
differenzierte
Integrations- und
Sprachkurse.**

länger in Deutschland leben, als ursprünglich angedacht gewesen ist. Etwa 60 % der Kursteilnehmer sind sogenannte Bestandsausländer – ein unglückliches Wort, aber das ist die formale Bezeichnung –, also Menschen, die nicht kürzlich zugewandert sind, sondern bereits vor längerer Zeit. Gleichzeitig stellen wir fest, dass etwa die Hälfte der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an diesen Kursen nicht das Sprachniveau erlangen, das ihnen zu einem Zertifikat verhelfen könnte. Wir brauchen zumindest für bestimmte Zielgruppen längere Kurse, 630 Stunden reichen oft nicht aus, gerade, wenn wir in manchen Kursen Alphabetisierung betreiben müssen. Wir brauchen kleinere Kurse, wir brauchen stärker ausdifferenzierte Kurse. Es macht keinen Sinn, einen Hochschulabsolventen neben jemanden zu setzen, in einen solchen Sprachkurs, der den Hauptschulabschluss nicht geschafft hat. Wir brauchen Kurse, die sich auch speziell an muslimische Frauen wenden – verbunden mit einer vernünftigen Kinderbetreuung. Und ich sage eindeutig voraus: Die 141 Mio. Euro, die der Deutsche Bundestag zunächst für das Haushaltsjahr 2007 für die Finanzierung der Integrations- und Sprachkurse bewilligt hat, die werden nicht reichen. Es gilt, mit politischem Willen im Rahmen der Überarbeitung des Sprachkurskonzeptes Geld nach zu legen, es ist dort sehr sinnvoll investiert.

Meine Damen und Herren,

ich habe es einleitend gesagt: Mein Eindruck ist, wir kommen in der Realität zunehmend an; auch diejenigen, die sie in der Vergangenheit nicht sehen wollten. Deutschland ist ein Einwanderungsland, und das ist auch nicht neu, und das ist auch nicht etwas, das sich erst in den letzten Jahrzehnten ergeben hat. Gerade hier im Ruhrgebiet reicht das deutlich länger zurück. Zuwanderung ist der Normal- und Regelfall in einem Land, das im Herzen Europas liegt, wir sind allein schon von der Lage her nicht nur ein Transit-Land, sondern ein Land, in dem sich Menschen niederlassen wollen. Gleichwohl hat es in diesem Land lange daran gefehlt eine offensive Debatte über die Gestaltung

**Deutschland
ist ein Einwanderungsland.**

des Zusammenlebens auf gleicher Augenhöhe zu organisieren. Und ich bin froh, dass wir da Fortschritte machen.

Ich will an dieser Stelle eine Sache einfügen, das hatte ich mir kurz notiert: Der Kollege Freese hat vorhin auf ein wichtiges Thema hingewiesen, Minister Laschet hat es auch angesprochen. Das Thema Bleiberechtsregelung für so genannte langjährig geduldete Menschen in Deutschland. Ich glaube, dass diese Debatte nicht zuletzt ein Lackmustest dafür sein wird, wie ernst wir es nehmen mit der Realitätswahrnehmung. Wir haben etwa 180.000 Personen, die in Deutschland leben, die nicht als Flüchtlinge anerkannt worden sind, bei denen aber auf die Verfügung einer Ausweisung in der Regel verzichtet wird, weil die Zustände und die Situation im Herkunftsland eine solche Ausreise oder sogar eine Abschiebung nicht rechtfertigen würden. Das sind nicht Schmarotzer, das sind Menschen, die sich in einer Notlage befunden haben, die hierher gekommen sind, die nach unserem sehr strikten Asylrecht nicht eine Anerkennung als Asylberechtigter bekommen haben. Das sind Menschen, die zum Teil seit über 10 Jahren hier leben, die Kinder haben, welche, wenn sie nicht hier geboren wurden, doch in vielen Fällen hier groß geworden sind. Es ist keine Frage, dass wir uns der humanitären Situation dieser Menschen annehmen und ihnen eine Perspektive verschaffen müssen, für ein Leben in Sicherheit, wo sie nicht jedes halbe Jahr Angst haben müssen, vielleicht doch Deutschland verlassen zu müssen, in dem sie längst heimisch geworden sind.

Die Frage, ob wir diesen Menschen eine Perspektive geben ist keine ideologische, ist auch keine parteipolitische, sondern ist eine menschenrechtliche. Das ist die Frage nach einem vernünftigen Umgang. Und wen man nicht mit dem Menschenrechtsargument überzeugen kann, dem muss man doch zumindest vor Augen halten, dass so oder so, egal wie wir mit den Menschen umgehen, die meisten auf Dauer in Deutschland leben werden. Dann ist es besser, man gibt ihnen die Chance, zu arbeiten und auf Dauer

**Flüchtlinge
sind keine
Schmarotzer.**

**Frustration und
Ausgrenzungs-
gefühl vermeiden.**

hier bleiben zu können. Deswegen ist das, was in den letzten Wochen diskutiert worden ist, ein Zwei-Stufen-Modell; das Eine ist das, was die Innenminister miteinander vereinbart haben, diese sind aber nicht befugt, Gesetze zu machen.

Die Gesetze macht aber immer noch der Deutsche Bundestag, das ist die Aufgabe von meinen Kolleginnen und Kollegen im Parlament. Die Innenminister haben zudem in der Vergangenheit nicht immer optimale Beschlüsse gefasst, das muss ich an dieser Stelle einmal anmerken. Das mit der Frage der Verschärfung der Voraussetzung der Einbürgerung habe ich beispielsweise für sehr misslich gehalten. Man muss, glaube ich, eine Sache vermeiden, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wenn ich bei Menschen, die ihre Zugehörigkeit zu diesem Land mit dem Antrag auf Einbürgerung unter Beweis stellen, den Eindruck erwecke, ich würde die Hürden immer ein Stück weit nach oben setzen, dann schaffe ich Frustration, dann schaffe ich auch ein Ausgrenzungsgefühl. Wir müssen das vermeiden. In meiner Kindheit gab es bei Kindergeburtstagen ein Spiel, das nannte man „Wurstspringen“. Es bestand darin, dass eine Schnur gespannt wurde mit einer Wurst dran, und dann durften die Kinder hüpfen. Und wenn die Kinder kurz vor der Wurst waren, dann wurde die Schnur ein wenig nach oben gezogen. „Wurstspringen mit Ausländern“, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist das Gegenteil von vernünftiger Integrationspolitik.

Aber zurück zum Thema Bleiberechtsregelung: Das, was vereinbart worden ist, ist ein Zwei-Stufen-Modell. Zunächst haben die Innenminister vereinbart, jeder der zurzeit arbeiten darf, das sind freilich Wenige, weil auch in vielen Kommunen die Arbeitserlaubnis erst gar nicht erteilt wird für die geduldeten Personen, bekommt ein befristetes Aufenthaltsrecht, und zudem bekommen diejenigen, die im Familienverband seit 6 Jahren oder allein stehend seit 8 Jahren in Deutschland leben, bis ca. September 2007 die Möglichkeit hier zu bleiben. Dann soll eine bundesgesetzliche Regelung greifen, und diese gesetzliche Regelung

sieht vor, dass langjährig geduldete Menschen eine 2-jährige Aufenthaltserlaubnis bekommen bis in das Jahr 2009 hinein.

Franz Müntefering hat sich an dieser Stelle gegenüber den Innenpolitikern der Union durchgesetzt, weil er nämlich zu Recht sagt: Wenn man der Vorstellung der Union gefolgt wäre, dass die Geduldeten nur ein halbes Jahr Zeit bekommen, um sich eine Arbeit zu suchen, dann hätte man dem Lohndumping in Deutschland Tür und Tor geöffnet. Weil natürlich Menschen, die in einer verzweiferten Situation sind und wissen, sie haben nur ein paar Monate, um ein Aufenthaltsrecht zu erwerben, sich zu jeder Kondition, zu jedem Preis verkaufen, zumal wenn sie nur einen nachrangigen Arbeitsmarktzugang haben. Das kann auch nicht gewerkschaftlich gewollt sein. Wir wollen da eine vernünftige Lösung, wir glauben, dass eine Frist von 2 Jahren eine solche Lösung begünstigt. Und wir wollen, dass möglichst viele Menschen davon auch profitieren können. Die Allermeisten sind Teil unserer Gesellschaft geworden. Ich bin immer wieder berührt von den vielen Unterstützer-Gruppen, die es in diesem Bereich gibt.

Übrigens unabhängig von der parteipolitischen Prägung der Bürgerinnen und Bürger, die sagen: „Wir kennen diese Familie, der Sohn ist bei uns im Sportverein, der Mann ist beliebt bei der Gemeinde. Die möchten auch gerne arbeiten, nur dürfen sie das nicht. Jetzt müssen sie das Land verlassen, das können wir nicht verstehen.“ Ich kann das auch nicht verstehen. Wir müssen diesen Zustand überwinden, mit einer humanitären, mit einer vernünftigen Bleiberechtsregelung.

Ich will noch einige Punkte ansprechen. Ich glaube, dass der nähere Blick und die Fokussierung auf den Bereich Ausbildung und Zugang zum Arbeitsmarkt bezüglich von Menschen mit Migrationshintergrund, ein ganz entscheidender Punkt ist. Mensch mit Migrationshintergrund bin ich ja übrigens auch. Ich brauche die Förderung aber nicht, weil mein Vater Akademiker

SPD konnte sich durchsetzen.

Akademiker brauchen keine Förderung.

ist und ich in einer Mittelstands-Familie groß geworden bin. Das gilt aber nicht für alle.

Mal kurz angemerkt:

Wenn wir in der Regel in der öffentlichen Debatte von Ausländern sprechen, haben wir meist nicht den Chirurg aus dem Iran vor Augen oder den Manager aus den USA, sondern ein ganz bestimmtes Ausländerbild, das übrigens so verkehrt nicht ist. Das Spezifikum, welches das Besondere der organisierten Zuwanderung nach Deutschland in den 50er, 60er und 70er Jahren war, war, dass Menschen eingeladen wurden, hier zu arbeiten, die oftmals keine besonders gute, in manchen Fällen überhaupt gar keine Qualifikation hatten. Die hier die einfachen und auch die dreckigen und die schlecht bezahlten Jobs gemacht haben für die deutsche Bevölkerung, die der deutschen Bevölkerung damit ein Stück sozialen Aufstieg ermöglicht haben durch eine Unterschichtung der Gesellschaft, und ich verwende das Bild bewusst. Man hat diese Menschen im Wesentlichen allein gelassen, man hat ihnen keine Angebote gemacht, was Integrationsmöglichkeiten betrifft, was Sprachkurse betrifft.

Als ich studiert habe, da habe ich in den Semesterferien gearbeitet in einem Betrieb, wo Verpackungen hergestellt wurden. Dann stand man dort am Fließband, und man ist ins Gespräch gekommen. Etwa mit einer türkischstämmigen Mitarbeiterin dort, die mir erzählte, sie wäre seit 30 Jahren in diesem Betrieb. Bei ihr fiel sehr stark auf, dass sie sich zwar verständigen konnte, aber ein sehr schlechtes Deutsch sprach. Und ich habe sie dann gefragt: „Hören Sie mal, haben Sie denn darüber mal nachgedacht, vielleicht einen Kurs zu belegen bei der Volkshochschule oder etwas Ähnliches? Sie können doch dann mit ihren Nachbarn viel besser kommunizieren, sich austauschen.“

Darauf antwortete sie: „Wissen Sie, als ich gekommen bin nach Deutschland, da habe ich zu meinem Arbeitgeber gesagt, was kann ich tun, wo und an wen muss ich mich wenden, um Deutsch zu lernen?“ Ihr wurde geantwortet: „Sie wurden hier nicht hergeholt um Deutsch zu lernen, sondern um zu arbeiten.“ Das

„Sie wurden nicht hergeholt, um Deutsch zu lernen, sondern um zu arbeiten“

war die Haltung, die man diesen Menschen entgegen gebracht hat.

Wenn man von Integrationsdefiziten spricht, und ich bin da sehr bereit für eine offene Debatte, darf man diesen jüngsten Teil der Geschichte nicht vergessen, dass nämlich die Rahmenbedingungen für Integration lange Zeit schlecht waren. Und was waren und sind die Folgen? In welcher Sprache haben denn dann die Mütter mit ihren Kindern, die dann hier geboren worden sind, gesprochen? Wollen wir es wirklich auf Dauer hinnehmen, dass sich soziale Perspektivlosigkeit von einer Generation auf die andere vererbt? Was machen wir denn mit den Familien, wo, wegen einer geringen Qualifikation, der Arbeitsplatz wegrationalisiert worden ist, den der Vater oder die Mutter oder beide gehabt haben? Was machen wir denn mit den Familien, wo die Eltern eher drauf geguckt haben, dass die Kinder in einem früheren Alter in den Betrieb gehen und nicht die bestmögliche Förderung entsprechend ihrer Begabung bekommen haben? Da ist der Staat gefordert, die Bildungseinrichtungen entsprechend auszustatten.



Mitglieder des Landesarbeitskreises Nord.

**Beschämend,
dass die Her-
kunft das eigene
Lebensschicksal
bestimmt.**

**Das Gleichbe-
handlungsgesetz
wird für mehr
Gerechtigkeit
sorgen.**

Das ist der entscheidende Schlüssel für die Integrationspolitik in den kommenden Jahren – eine stärkere Förderung besonders förderungsbedürftiger Gruppen in unserem Land, für Jugendliche und Heranwachsende. Durch eine bessere Förderung der nachwachsenden Generation das Maß an sozialer Mobilität in unserer Gesellschaft zu vergrößern, ist von entscheidender Bedeutung.

Es ist beschämend, das ist ja auch ein Befund der vielen Bildungsstudien, dass in unserem Land nach wie vor die Herkunft über den Verlauf des eigenen Lebensschicksals maßgeblich mitbestimmt. Wenn die Eltern arm sind, dann ist eben die Chance, dass man das Abitur bekommt, relativ gering. Das muss ein Ende haben.

Ein weiterer Punkt, der auch im Bereich der Gewerkschaften in den nächsten Jahren sicherlich zunehmend eine Rolle spielen wird, und was vorhin schon von Ulrich Freese angesprochen wurde, ist die Umsetzung des Gleichbehandlungsgesetzes. Ich bin jemand, der sich seit Jahren dafür eingesetzt hat, dass dieses Gesetz kommt, weil ich es für einen Skandal gehalten habe, dass das, was im Grundgesetz ganz selbstverständlich für alle Behörden gilt, nämlich jemanden nicht benachteiligen zu dürfen, weil er eine dunkle Hautfarbe hat oder weil er behindert ist oder weil er ein bestimmtes Alter hat, dass das im zivilen Rechtsverkehr keine Gültigkeit haben sollte. Diesbezüglich wurde mal von der früheren Opposition argumentiert, das wäre ein Eingriff in die Vertragsfreiheit. Ich bin der Überzeugung, dass das Gesetz für mehr Gerechtigkeit sorgen wird.

Ich bin stolz darauf, bei allen Einschränkungen im Detail, dass das Diskriminieren von Menschen in unserem Land künftig nicht mehr sanktionsfrei geschehen darf bzw. die Betroffenen zumindest ein Mittel in die Hand bekommen sich dagegen wehren zu können. Ich denke, da werden auch die Gewerkschaften, wie auch viele andere Organisationen, eine wichtige Rolle spielen können, indem sie ergänzend zur Antidiskrimi-

nierungsstelle des Bundes den Menschen, die betroffen sind, eine Hilfestellung geben.

Ich glaube, dass es für eine vernünftige, eine sachliche Integrationsdebatte wichtig ist, Vorurteile zu überwinden. Und ich glaube, dass es nicht gut gewesen ist, wie teilweise in der Vergangenheit über Muslime in Deutschland geredet worden ist – nach dem Motto, man kann da ja mal einen Generalverdacht aussprechen.

Ich glaube, wir würden einen großen Fehler machen, wenn wir ständig den Islam mit dem Islamismus in der Debatte vermengen. Der Islam hat mit dem Islamismus so wenig zu tun wie früher die Kreuzzüge mit dem Kerngedanken des Christentums. Und es würde auch niemand von uns auf die Idee kommen, zu sagen, bei all dem, was wir an christlichem Fundamentalismus in der Welt haben, werden Christen unter einen Generalverdacht potenzieller Demokratieunfähigkeit oder -feindlichkeit gestellt.

Es würde auch niemand auf die Idee kommen, wenn ein deutscher Mitbürger seine Frau schlägt, zu sagen, das sei eine Eigenschaft, die typisch deutsch sei. Wenn ein türkischer Mitbürger seine Frau schlägt, ist das nicht typisch türkisch. Gesetzesverstöße und Demokratiefeindlichkeit sind in jedem Einzelfall zu ahnden und zu ächten, ohne ganze Gruppen von Menschen zu stigmatisieren.

Es kommt darauf an, sich nicht von Vorurteilen leiten zu lassen. Mir fällt das immer besonders dann auf, wenn über das Thema „Zwangsehen“ gesprochen wird. Das ist natürlich etwas, was nicht zulässig ist, aber es kann auch niemand quantifizieren, über wie viele Fälle wir eigentlich sprechen. Es wird nur munter spekuliert darüber. Ich persönlich kann nur sagen, die einzige Zwangsehe, die ich bisher kennen gelernt habe, ist die amtierende Koalition in Berlin, aber die ist ja so gewollt gewesen von den Bürgerinnen und Bürgern. Zwangsehen sind eben auch nicht „typisch türkisch“.

Islam hat nichts mit Islamismus zu tun.

**Kommunales
Wahlrecht muss
wieder auf die
Tagesordnung.**

Nächstes Jahr ist das europäische Jahr der Chancengleichheit. Wir haben innerhalb der Koalition seitens der SPD vorgeschlagen, das Thema „Kommunales Wahlrecht für Ausländer“ auf die Tagesordnung zu setzen. Ich glaube, dass ein solches kommunales Wahlrecht für Ausländer, die nicht aus EU-Ländern kommen, weil letztere es bereits haben, ein wichtiger Beitrag werden könnte für Eines, was ganz wichtig ist, was auch im Kontext mit dem Thema Einbürgerung steht: Es ist wissenschaftlich völlig unumstritten, dass Integration maßgeblich mit abhängig ist von dem Maß der Identifizierung der beteiligten Personen.

Wenn ich, auch formal rechtlich, Teil der Gemeinschaft bin, in der ich lebe, habe ich auch ein ganz anderes Bezugsfeld. Dann habe ich eine andere Wahrnehmung von meinem Verhältnis zum Ganzen, und die Möglichkeit mitentscheiden zu können, zumindest auf der kommunalen Ebene, halte ich für einen ganz entscheidenden Punkt hierbei.

**Integration
funktioniert nur,
wenn Demokratie
funktioniert.**

Abschließend will ich anmerken, weil das ja in der Debatte eine wichtige Rolle spielt: Integration funktioniert nur, wenn die Demokratie funktioniert. Ich will zugeben, ich habe da meine Sorgen. Wir haben es in vielen Fällen, wenn wir über den Rechtsextremismus sprechen, eben nicht mit alten Ewiggestrigen, sondern mit Neugestrigen zu tun.

Es ist einem Teil der rechtsextremistischen Szene zunehmend gelungen, junge Menschen für ihre verwerflichen Ziele zu rekrutieren. Und da ist natürlich auch der Staat gefordert im Bereich der Bildung und auch im Bereich der außerschulischen Bildungsarbeit, insbesondere jungen Menschen zu vermitteln, dass das, was im Grundgesetz steht, verdient mit Leben erfüllt zu werden. Man muss nicht die Würde anderer beschädigen, um sich seines eigenen Selbstwertes zu vergewissern. Der Respekt, den man selber erwartet, anderen Menschen zuteil werden zu lassen, zu lernen, dass man Konflikte, die es immer gibt, gerade in einer demokratischen Gesellschaft, gewaltfrei lösen muss,

das ist etwas, das wir den jungen Menschen mitgeben müssen.

Ich glaube, wenn es uns gelingt in unserem Land, auch bei den Erwachsenen, hin und wieder die Einschätzung zur Überzeugung werden zu lassen, dass man nicht vor Vielfalt in Deutschland Angst haben muss, sondern allenfalls vor Einfalt, dann sind wir auf einem guten Weg.

Ich bedanke mich für Eure Aufmerksamkeit.





...rege
Diskussionsbeteiligung







Ali Özbay*

* Mitglied des Bundesarbeitskreises
Ausländische Arbeitnehmer beim Hauptvorstand
der IG Bergbau, Chemie, Energie

Sehr geehrte Gäste,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die 36. Recklinghäuser Tagung geht nun zu Ende.

Es ist kein Zufall, dass wir uns dieses Jahr mit dem Thema „Integration fördern – Chancengleichheit verwirklichen“ befasst haben.

Integration ist ein Thema, das uns ständig beschäftigt, darum wird unser Engagement immer notwendig sein. Die Migrantinnen und Migranten müssen sich ihrer Verantwortung natürlich bewusst sein und alle notwendigen Schritte zur Integration fortsetzen. Aber auch die Politik muss ihren Beitrag leisten.

Aus den hochqualifizierten Vorträgen der heutigen Tagung haben wir vernommen, dass sowohl die Landes- als auch die Bundesregierung, nach der Einleitung des Integrationsgipfels, weitere Schritte unternehmen werden, um die Integration zu fördern.

Damit sind einige Zweifel, die wir nach dem Gipfel hatten, aus dem Weg geräumt worden.

Dieses können wir nur begrüßen!

Wir haben mit Freude zur Kenntnis genommen, dass auch die IG BCE an den Arbeitsgruppen, die von der Bundesregierung gebildet wurden, mitarbeitet. Von dieser Stelle aus wünschen wir den Arbeitsgruppen viel Erfolg bei ihrer Arbeit.

Wie Ulrich Freese bereits berichtet, hat auch ein Islamgipfel stattgefunden.

Es hat lange gedauert bis es soweit gekommen ist, aber wir sind sehr erfreut darüber, dass die Bundesregierung den Dialog mit den Muslimen gesucht hat.

Wir hoffen natürlich, dass auch hier nachgelegt wird und weitere Gespräche stattfinden werden.

Im Hinblick des EU-Jahres der Chancengleichheit, werden wir mit dem DGB zusammen einige Initiativen starten, weil in unserer Gesellschaft die Chancengleichheit bei weitem noch nicht erreicht ist.

IG BCE arbeitet in den Arbeitsgruppen mit.

Weitere Betriebsvereinbarungen für ein „Partnerschaftliches Verhalten am Arbeitsplatz“ abschließen.

Ich habe die Ergebnisse der Pisa-Studien noch gut in Erinnerung und auch was Herr Alt, der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, in seiner Ausführung hier im Saal vergangenes Jahr gesagt hat bezüglich der Arbeitsmarktlage für Migrantinnen und Migranten.

Sie werden bei der Suche nach einem Ausbildungs- und Arbeitsplatz immer noch benachteiligt.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

nach der Verabschiedung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes, das ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung ist, möchte ich an dieser Stelle die Aufforderung von Ulrich Freese unterstreichen, weitere Betriebsvereinbarungen für ein „Partnerschaftliches Verhalten am Arbeitsplatz“ abzuschließen.

Sie sind ein wichtiges Instrument, Benachteiligungen im Betrieb zu vermeiden.

Bezüglich der politischen Partizipation, was in besonderem Maße Migrantinnen und Migranten aus Drittstaaten ausschließt, bin ich Ulrich Freese sehr dankbar dafür, dass er heute die alte Gewerkschaftsforderung wiederholt hat: Kommunales Wahlrecht für alle!

Wir wollen mitentscheiden. Wir sind bereit, politische Verantwortung zu übernehmen.

Wir haben bewiesen, dass wir es können.

Viele von uns sind seit Jahren Mitglied des Betriebsrates, ja sogar Vorsitzende!

Wir werden mit unserer IG BCE zusammen nicht locker lassen bis wir dieses Ziel erreicht haben!

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Namen des Arbeitskreises Ausländischer Arbeitnehmer möchte ich mich bei Ulrich Freese bedanken dafür, dass er sich mit großem Engagement um unsere Belange kümmert.

Bedanken möchte ich mich auch für ihre Beiträge bei den Herren Armin Laschet und Sebastian Edathy sowie beim Bürgermeister der Stadt Recklinghausen, Herrn Wolfgang Pantförder.

Bei Giovanni Pollice und seiner Mitarbeiterin Sabrina Hintze möchte ich mich besonders bedanken für die sehr gute Vorbereitung und Durchführung dieser Tagung.

Ein herzlicher Dank geht auch an alle beteiligten Helferinnen und Helfer, natürlich auch an die Kolleginnen und Kollegen, die wie in den vergangenen Jahren mit ihren Ständen präsent sind.

Ein Dank geht natürlich auch an die Musiker, die diese Tagung harmonisch sehr gut umrahmt haben. Giovanni hat wiederum eine gute Wahl getroffen.

Zum Schluss wünsche ich allen Christen ein gesegnetes, frohes Weihnachtsfest, allen Muslimen ein frohes Opferfest und Euch allen ein gesundes und erfolgreiches neues Jahr.

Jetzt wünsche ich Euch einen guten Appetit und danach einen guten, unfallfreien Heimweg.

Die 36. Recklinghäuser Tagung ist beendet.





Am Abend
vor der Tagung ...

... im IG BCE-
Bildungszentrum
Haltern
am See.



Impressionen ...





An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an die Kolleginnen und Kollegen des IG BCE-Bildungszentrums Haltern am See, die wie jedes Jahr die von weit angereisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Recklinghäuser Tagung sehr freundlich aufgenommen und vorzüglich versorgt haben.



Industriegewerkschaft
Bergbau, Chemie, Energie



**MODELL
DEUTSCHLAND**

... zuerst der Mensch!

